

Antrag 13/I/2023

ASG Berlin

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Verbot von (E-)Zigarettenwerbung auf SPD Veranstaltungen

1 Die SPD soll ein Verbot von Werbung für Tabakpro-
2 dukte, E-Zigaretten oder ähnliche Erzeugnisse z.B. Va-
3 porizer auf sämtlichen SPD-Veranstaltungen, inklusive
4 Bundes- und Landesparteitagen, durchsetzen. Hierzu ge-
5 hört insbesondere auch der Aufbau von Ständen auf
6 SPD-Veranstaltungen mit dem Ziel der Produkträsentati-
7 on oder dem Angebot von Testmöglichkeiten („Ausprobie-
8 ren“) für o. g. Produkte.

9

10 Zudem fordern wir die SPD auf, keine finanziellen oder ver-
11 gleichbaren Mittel, z.B. Sponsoringgelder oder Aussteller-
12 gebühren im Rahmen von SPD-Veranstaltungen, inklusive
13 Bundes- und Landesparteitagen, von Herstellern von Ta-
14 bakprodukten anzunehmen.

15

16 Begründung

17 Im Jahr 2040 sollen in Deutschland weniger als fünf Pro-
18 zent der Erwachsenen und weniger als zwei Prozent der
19 Jugendlichen Tabakprodukte oder E-Zigaretten konsumie-
20 ren. Über 50 Gesundheits- und zivilgesellschaftliche Orga-
21 nisationen fordern von der Politik, sich zu diesem Ziel zu
22 bekennen. Hierbei sollte die SPD als Vorbild vorangehen,
23 um einen substanziellen Beitrag zur Erreichung o.g. Ziels
24 zu leisten.

Empfehlung der Antragskommission

Annahme (Konsens)